Nr. 142

DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

07. Mai 2021
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Das „Grundrecht" auf Rente... mit 69??

Seit zwei Wochen gibt es bei allen Parteien nur noch ein Thema: die Grundrechte, die wir so schnell wie möglich zurückbekommen müssten, womit sie Einkaufen ohne Einschränkungen, Restaurantbesuche, Urlaubsreisen und Bewegungsfreiheit meinen.

Woher auf einmal ihre Sorge um diese Grundrechte? Dieselben Politiker hat es doch auch nicht interessiert, dass diese Freiheiten seit Jahren immer mehr Menschen weggenommen werden – schlichtweg, weil ihnen das Geld hierfür fehlt. Wer entlassen oder in einen Niedriglohnjob gedrängt wird, hat kaum noch die Möglichkeit, regelmäßig in den Urlaub zu fahren oder häufiger Live-Konzerte und Restaurants zu besuchen. Wer 40% seines Einkommens nur für die Miete ausgeben muss, hat nicht die Möglichkeit, sein Leben jenseits von Arbeit und Schlafen „frei" zu gestalten.

Und überhaupt: Ihre vielbeschworenen Freiheitsrechte enden für uns Arbeitende jeden Tag, sobald wir im Betrieb angekommen sind. Hier haben wir 8 Stunden Ausgangssperre, in der unser Chef uns befehlen kann, was wir zu tun haben und wohin wir gehen dürfen. Und ein Grundrecht auf Meinungsfreiheit gibt es im Betrieb erst recht nicht. Wir dürfen (zumindest wenn wir unseren Job behalten wollen) nicht frei äußern, was wir über unsere Chefs denken, über die Abläufe und Arbeitsbedingungen – ganz zu schweigen davon, dass wir irgendetwas mitentscheiden dürften.
Und dass wir Arbeitenden uns in die Regierungspolitik einmischen, und gemeinsam unsere Interessen vertreten, das haben die Herrschenden ebenfalls schon immer zu verhindern versucht.

All diese fehlenden Grundrechte bereiten den herrschenden Politikern keine Kopfschmerzen, im Gegenteil.
Worum es bei der heutigen Diskussion eigentlich geht, ist ihr Wunsch, Reiseunternehmen, Luftfahrtgesellschaften, Gastronomie und Geschäften so schnell wie möglich wieder mehr Kunden zu bescheren. Das „Grundrecht" der Wirtschaft auf Gewinn, das wollen sie schützen und so schnell wie möglich von jeder Einschränkung befreien.

In dieser ganzen Diskussion tritt völlig in den Hintergrund, dass sich immer noch 20.000 Menschen täglich mit Corona infizieren und nicht wenige von ihnen Folgeschäden davontragen werden. Und vor allem, dass noch immer 200-300 Menschen täglich sterben!
Und es ist vor allem die arbeitende und ärmere Bevölkerung, die täglich diesem Risiko ausgesetzt wird. Es ist kein Zufall, dass es in fast allen Großstädten ähnlich aussieht wie in Köln, wo die Inzidenz im Villenviertel Köln-Hahnwald bei 0,0 liegt, im ärmeren Arbeiterviertel Köln Chorweiler hingegen bei über 500. Die Arbeiterinnen und Arbeiter, und ganz besonders die ärmeren, erkranken wegen der Arbeit und den Wohnverhältnissen nicht nur viel häufiger an Corona. Sie erkranken auch viel häufiger schwer und sterben, weil Arbeit und Armut viele schon vorher krank gemacht haben.

Nein, die Grundrechte der Arbeitenden werden in dieser Gesellschaft auf keiner Ebene geschützt. Für uns gibt es weder ein Recht auf einen sicheren Arbeitsplatz und einen anständigen Lohn, noch auf den Schutz unserer Gesundheit. Im Gegenteil, um das kapitalistische Recht auf immer mehr Profit durchzusetzen, schränken die herrschenden Politiker selbst die bestehenden Rechte der Arbeitenden immer weiter ein.

Dieselben Politiker, die heute über Grundrechte faseln, haben all die Gesetze zur Ausweitung der Leiharbeit, der Minijobs oder zur Aufweichung des Kündigungsschutzes verabschiedet. Gesetze, die Millionen Arbeitenden nicht nur Lohn, sondern auch viele Rechte im Arbeitsalltag geraubt haben. Denn jeder weiß, wie viel schwerer es ist, selbst das Recht auf Pause, auf Feierabend oder auch nur auf Arbeitskleidung durchzusetzen, wenn man mit der Sorge im Nacken arbeitet, jederzeit entlassen werden zu können.

Dieselben herrschenden Parteien haben den Konzernen und Kapitalisten, die ohnehin schon an Reichtum ersticken, immer noch mehr Steuern und Subventionen geschenkt und dafür bei uns gespart. Diese Sparmaßnahmen haben Frauen die Sicherheit genommen, ihr Kind in einem Krankenhaus in der Nähe zur Welt zu bringen. Sie haben den älteren Menschen in den kaputtgesparten Pflegeheimen das Recht auf ein würdiges Leben im Alter geraubt. Wären das nicht die allerwichtigsten Grundrechte?

Und diese Einsparungen gehen weiter. In der Pandemie hat die Regierung Schulden in einer Höhe gemacht, die alles Bisherige in den Schatten stellt. Diese Schulden wurden zum größten Teil dazu genutzt, um das Großkapital vor allen Folgen der Krise zu bewahren. Ja, sie haben ihm sogar noch ermöglicht, sich an der Krise zu bereichern.
Und sobald der Wahlkampf im September vorbei ist, wird die neue Regierung anfangen, die Raten für diese Schulden einzutreiben. Aber nicht beim Großkapital, sondern bei uns.

Um uns an diesen Gedanken zu gewöhnen, haben uns die „Wirtschaftsforschungsinstitute" (die wichtige Berater der Regierung sind) einen ersten Einblick in die Ideenwerkstatt gegeben, die hierzu bereits existiert. Mitte April haben sie verkündet, dass man jetzt unbedingt „die Staatsfinanzen wieder in den Griff bekommen" müsse und dafür als ersten Schritt... das Rentenalter noch weiter erhöhen solle – auf 69!

Die Botschaft ist eindeutig: Während und nach der Pandemie werden die Grundrechte der Arbeiterklasse, werden unsere Existenzbedingungen schonungslos angegriffen. Und wer wird sie verteidigen, wenn nicht wir Arbeitenden selber?

Corona-Epidemie in Indien

Verantwortungslose Regierung – und barbarische Weltwirtschaftsordnung

Indien dachte, die Epidemie wäre vorbei. Stattdessen wütet sie jetzt auf unfassbare Weise, mit hunderttausenden Neuansteckungen und tausenden Toten täglich. Die Bilder sind schier unerträglich: Menschen, die auf Bürgersteigen sterben, weil es keine Krankenhausbetten und keinen lebensrettenden Sauerstoff gibt; Scheiterhaufen zur Verbrennung der Toten in öffentlichen Parks...



Die indische Regierung trägt hierfür eine große Verantwortung. Ihre Verachtung für die Menschen lässt sich kaum in Worte fassen. Für seinen Wahlkampf organisierte Premierminister Modi Massenveranstaltungen und ließ riesige religiöse Feiern seines Wählerklientels zu. Während die Infektionen rasant anstiegen, schwang er große Reden über Impfkampagnen und unternahm… nichts. Ein interviewter Arbeiter aus einem Industriegebiet bei Delhi sagte: „Ich glaube, die wollen uns einfach umbringen."

Dass die Katastrophe jedoch ein solches Ausmaß angenommen hat, liegt vor allem an der tiefen Ungleichheit in diesem Land, indem es zwar für eine kleine reiche Minderheit Alles gibt, für den Großteil der Bevölkerung jedoch nur Armut und Unterentwicklung. Wie soll man einer Epidemie entgegentreten, wenn es nur 5 Krankenhausbetten für 10.000 Menschen gibt – gegenüber 43 in China und 80 in Deutschland? Wenn es in diesem riesigen Land nur 1.172 LKWs gibt, die den so dringend benötigten Sauerstoff zu den Kliniken bringen können?

Dies ist das Ergebnis davon, dass Indien erst hundert Jahre als Kolonie ausgeplündert und dann einzig darauf ausgerichtet wurde, den westlichen Konzernen als billige Zulieferindustrie zu dienen. Und deren Interessen stehen immer an erster Stelle, selbst jetzt noch.

So hat die indische Regierung der Industrie, darunter den Stahl- und Ölkonzernen, noch bis vor kurzem erlaubt, den knappen Sauerstoff auf dem Markt aufzukaufen – während die Menschen in den Krankenhäusern und auf der Straße aus Sauerstoffmangel ersticken.

Indien ist auch der größte Zulieferer für die westlichen Pharmakonzerne. 60% aller Impfstoffe der Welt werden hier produziert. Ein Teil dieser Fabriken produziert auch Corona-Impfstoff. Doch den haben die Pharmakonzerne in die Länder exportiert, die mehr dafür bezahlen konnten, insbesondere in die EU und die USA... während in Indien nur wenige geimpft sind.

Mehr noch: Ein Teil der Fabriken, die in Indien Corona-Impfstoff herstellen könnten, steht still. Die einen, weil das Patentrecht ihnen die Herstellung verbietet. Die anderen – darunter mehrere Fabriken von AstraZeneca – weil ihnen wichtige Vorprodukte fehlen, die in den USA hergestellt werden. Denn US-Präsident Biden hat deren Export seit Monaten verboten, um den USA so viel Impfstoff wie möglich zu sichern.

Die hunderttausenden Menschen, die in dieser Corona-Welle ihr Leben verlieren, sterben an dem Virus. Doch getötet wurden sie von einer verantwortungs- und skrupellosen Regierung und einer ebenso ungerechten wie barbarischen kapitalistischen Weltordnung.

Mikrochips und Kurzarbeit in den Autowerken

Die Folgen einer irrsinnigen Wirtschaftsordnung

Bei VW, Daimler und Ford stehen derzeit immer wieder für einzelne oder mehrere Wochen die Bänder still, weil ihnen wichtige Teile, genauer gesagt elektronische Mikrochips fehlen. Prompt haben sie zehntausende Arbeitende in Kurzarbeit geschickt. Denn diese Konzerne mit ihren Milliardengewinnen finden es selbstverständlich, die Kurzarbeit zu missbrauchen, um sich von den Arbeitenden und der Allgemeinheit ihre Lieferkettenprobleme bezahlen zu lassen.

Der Chipmangel, der noch Monate anhalten wird, betrifft alle Autokonzerne weltweit. Die Gründe sind die zögerlichen Bestellungen der Autoindustrie zu Beginn der Pandemie, der Homeoffice-Boom der Computer- und Handyproduktion, die ebenfalls Mikrochips braucht, außerdem mehrere Naturkatastrophen in den produzierenden Ländern.

Doch dass diese Störungen so massive Folgen haben, ist die Folge einer grundlegenderen Entwicklung der Wirtschaft. Wie Masken oder Medikamentenwirkstoffe sind Mikrochips Massenware, deren Herstellung für die Kapitalisten nur in riesigen Mengen wirklich profitabel ist.

Daher haben die Autohersteller und Elektronikkonzerne deren Produktion ausgelagert und in einigen wenigen Unternehmen vor allem in Taiwan und Südkorea konzentriert. Das größte dieser Unternehmen, der taiwanesische Konzern TSMC, produziert ganz allein 70% der Mikrochips für die gesamte weltweite Autoindustrie. Entsprechend groß sind die Auswirkungen jeder Störung dort auf alle Autowerke der Welt.

Die Mikrochips sind kein Einzelfall. In der jetzigen Krise wurden noch mehr Fabriken weltweit geschlossen, weil den Kapitalisten deren Profitrate zu niedrig war. Mit dem Ergebnis, dass ihre ohnehin schon auf Sparflamme und Just-in-Time organisierte Produktion noch chaotischer und anfälliger geworden ist. 45% der Industriebetriebe fehlen derzeit wichtige Materialien oder Teile, insbesondere Kunststoffe.

Die kapitalistische Wirtschaft, in der jedes Unternehmen, jeder Konzern nach dem Prinzip der Profitmaximierung für sich alleine wirtschaftet und entscheidet, ist vollkommen ungeeignet für die Bedürfnisse einer weltweiten Produktion, wie sie seit Jahrzehnten existiert.

Für eine effektive und nachhaltige Produktion braucht es eine weltweite geplante Wirtschaft in den Händen der Allgemeinheit.

Warnstreiks bei den Fleischkonzernen: ein guter Anfang!

Seit Anfang des Jahres dürfen die Arbeitenden in den Schlachthöfen nicht mehr über Subfirmen und Leiharbeit eingestellt werden. Doch für die Arbeiterinnen und Arbeiter hat sich dadurch nichts verbessert. Denn CDU und SPD haben zwar die Subfirmen verboten. Den Fleischkonzernen selber aber haben sie ganz bewusst jedes Recht gelassen, die Arbeitenden weiter zu miserablen Bedingungen auszubeuten.



Und so stellen Tönnies und Co. die Arbeiterinnen und Arbeiter nun direkt ein, aber zu denselben Niedriglöhnen wie vorher: 9,50 oder 10,50 Euro die Stunde für diese extrem harte Arbeit! Auch für ein Bett in den oft schäbigen Gemeinschaftsunterkünften müssen die rumänischen und bulgarischen Arbeitenden weiterhin 200 Euro im Monat abdrücken. Und was die Arbeitszeiten angeht: Zwar arbeiten sie jetzt nur noch selten 11 Stunden pro Tag, sondern die legal erlaubten 8-10 Stunden. Aber dafür laufen die Bänder schneller.

Doch etwas hat sich verändert. Denn viele Arbeitende der Schlachthöfe hatten erwartet, dass sich mit dem Gesetz wirklich etwas für sie verbessern würde. Die Enttäuschung, dass dies nicht passiert ist, hat sich bei einigen in Wut verwandelt – und in die Erkenntnis, dass sie selber werden kämpfen müssen.

Zum ersten Mal seit vielen Jahren haben sie den Kopf erhoben: mit Warnstreiks in mehreren Schlachthöfen, bei Vion, Tönnies, Danish Crown und anderen, für 12,50 Mindestlohn und eine Staffelung bis 17 Euro die Stunde. Und dies kann für die Zukunft der Arbeitenden deutlich mehr verändern als jedes Gesetz einer kapitalistischen Regierung.

VW: Vom Betriebsratsvorsitzenden zum Personalchef, und keiner merkt den Unterschied

16 Jahre lang war Bernd Osterloh Betriebsratsvorsitzender bei VW, wo er angeblich die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter vertreten wollte. Nun aber ist er Personalchef bei der Nutzfahrzeuge-Tochter von VW geworden!

Letztendlich ist dieser Schritt nur die logische Folge davon, dass er als Betriebsrat auch schon immer aus Sicht des Unternehmens überlegt hat. Immer wieder hat er Vorschläge gemacht, wie es dem Unternehmen „besser gehen" könnte. So hat er 2014 dem Konzernvorstand 400 Seiten Sparvorschläge vorgelegt, um den Gewinn von VW um 5 Milliarden Euro zu steigern. Und in den letzten Jahren hat er gleich an zwei „Zukunftspaketen" mitgearbeitet, die den Profiten in der Tat eine exzellente Zukunft bereitet, dafür aber 55.000 Arbeitsplätze vernichtet haben.
Die Kapitalisten haben reihenweise bezahlte Leute, die für sie Pläne austüfteln, wie sie ihre Profite noch weiter steigern können. Das ist nicht der Job der Menschen, die die Arbeitenden vertreten wollen!

Im Gegensatz zu dem, was Osterloh und andere Betriebsräte behaupten, sichert der Profit nicht die Existenz der Arbeitenden. Im Gegenteil, die Arbeitenden können ihre Interessen, ihre Existenz nur gegen die Kapitalisten verteidigen: indem sie darum kämpfen, dass der von ihnen geschaffene Reichtum eben nicht in die Taschen der Aktionäre fließt, sondern für ihre Arbeitsplätze und Löhne verwendet wird. Und was sie hierfür brauchen, sind Arbeitervertreter, die dieses Bewusstsein verbreiten und die Arbeitenden in ihren Kämpfen unterstützen.

Scholz: Geschenke an die Banken sind Alltag

SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz hat vor dem Untersuchungsausschuss unter plötzlichem Gedächtnisschwund gelitten. Es ging um die Warburg-Bank, die zweitgrößte Bank Hamburgs, die Steuern in Höhe von 47 Millionen Euro hinterzogen hat. Als das Finanzamt diese 2016 zurückforderte, trafen sich die zwei Bankeigentümer zwei Mal mit Scholz, der damals noch Oberbürgermeister von Hamburg war. Und kurz darauf verzichtete das Hamburger Finanzamt ganz plötzlich auf die Rückzahlung der hinterzogenen Steuern.

Scholz behauptet steif und fest, er hätte mit diesem Geschenk an die Bank nichts zu tun. Vom Untersuchungsausschuss gefragt, worüber er denn sonst mit den Bankeigentümern gesprochen habe, erklärte er, er habe so viele Termine dieser Art, da könne er sich doch nicht an jeden einzelnen erinnern.

Das könnte sogar stimmen. Als Finanzminister ist Scholz schließlich tagtäglich damit beschäftigt, den Konzernen und Banken Milliardengeschenke und andere Vorteile zu verschaffen. Da kann man so eine Kleinigkeit wie 47 Millionen Euro schon mal vergessen.

CDU-Kandidat Maaßen: die Brücke zur AfD

Die CDU in Thüringen hat als einen Bundestagskandidaten den ehemaligen Chef des Verfassungsschutzes Maaßen aufgestellt. Maaßen war 2018 wegen seiner offen rechtsextremen Äußerungen aus diesem Amt entfernt worden. Für die CDU kandidiert damit jemand, der bundesweit bekannt dafür ist, dass er „Verständnis" für Hetzjagden auf Flüchtlinge geäußert und die AfD beraten hat, und der auch in seinen Reden und regelmäßigen Twitter-Nachrichten einem AfD-Chef Meuthen in Nichts nachsteht.

In Thüringen, wo die AfD bei den Landtagswahlen 2019 über 23% der Stimmen bekommen hat, wollten bedeutende Teile der CDU schon damals mit der AfD gemeinsam regieren. Mit der Nominierung von Maaßen machen sie deutlich, dass sie auf diese Perspektive auch weiterhin setzen.

Die CDU hat in den letzten Jahren versucht, Wähler mit dem Argument zu gewinnen: „Wählt uns, um die AfD zu verhindern." Die Nominierung Maaßens jedoch ist ein weiterer Beweis dafür, dass die CDU kein Bollwerk gegen, sondern im Gegenteil eine Brücke zu einer AfD-Regierung sein kann.

24-Stunden-Streiks in der Metallindustrie: „Gleiche Löhne in Ost und West“!

Die Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie ist eigentlich zu Ende. Doch die Arbeitenden in Berlin, Brandenburg und Sachsen kämpfen weiter. Seit zwei Wochen legen sie immer wieder für 24 Stunden bei Siemens, Daimler, Porsche oder ZF die Arbeit nieder, um endlich dieselben Löhne zu bekommen wie ihre Kolleginnen und Kollegen in Westdeutschland.

Seit 30 Jahren arbeiten die 290.000 Arbeitenden umsonst drei Stunden pro Woche länger. In Berlin bedeutet dies, dass ein Beschäftigter im Westberliner Siemens-Werk 35 Stunden, sein Kollege im Ostberliner Werk 38 Stunden arbeitet – für denselben Lohn!



Die Streikenden fordern, dass diese Ungerechtigkeit endlich aufhört und sie die drei Stunden bezahlt bekommen, was 8,5% mehr Lohn bedeutet.

Die Bedingungen für die Streikenden sind nicht leicht. Da die IG Metall in den anderen Bezirken die Tarifverhandlung beendet hat, stehen sie in ihrem Bezirk alleine da. Und natürlich versuchen die Bosse der Auto- und Metallindustrie, sie mit der Krise zu erpressen.

Doch vielen Arbeitenden reicht es. Die Konzerne haben ihnen seit 30 Jahren jedes Jahr erzählt, dass es ihnen schlecht gehe und eine Angleichung gerade jetzt „nicht möglich“ sei. So oft, dass die Arbeitenden gegen diese Erpressung jetzt immun sind.

Impfstoffe

Die Allgemeinheit forscht, die Pharmakonzerne kassieren

Britische und niederländische Forscher haben öffentlich gemacht, dass die Entwicklung des AstraZeneca-Impfstoffs zu 97% aus öffentlichen Geldern finanziert wurde: bezahlt von der EU, dem *National Health Institute* der USA und dem britischen Staat. Und bei anderen Impfstoffen sieht es nicht besser aus. Hier liegen nicht alle Finanzquellen offen, doch die Forscher kommen zu der Einschätzung, dass die Pharmaindustrie gerade einmal 1,9% der Forschung bezahlt hat!

Das hindert sie nicht daran, diese Impfstoffe als ihr Eigentum zu verkaufen und kräftig dafür abzukassieren. BionTech/Pfizer will dank der großen Nachfrage seine Preise sogar noch einmal erhöhen und künftig 19,50€ statt 15,50€ pro Impfdosis verlangen.

Die Gier der Pharmakonzerne, die als Parasiten von der öffentlichen Forschung leben, kennt keine Grenzen. Und die Regierungen liegen ihnen zu Füßen und bezahlen jede noch so unverschämte Rechnung... mit unserem Geld.

Rassistische Polizeigewalt ist tödlich – auch in Delmenhorst

In Deutschland hat die rassistische Polizeigewalt erneut einen jungen Mann getötet. Der 19jährige Iraker Qosay hatte im Park in Delmenhorst mit seinem Freund einen Joint geraucht. Für dieses „Schwerstverbrechen“ wurde er von der Polizei mit Pfefferspray überwältigt, auf den Bauch geworfen und mit Handschellen am Boden fixiert. Mehrfach wiederholte Qosay daraufhin, dass er nicht mehr richtig atmen könne. Doch Polizei und Sanitäter bezeichneten ihn als Simulanten. Statt ihm zu helfen, schleiften sie ihn zum Polizeiauto und brachten ihn zur Wache, wo er ins Koma fiel und tags darauf im Krankenhaus verstarb.

Polizei und Staatsanwalt versuchten, den Fall unter den Tisch zu kehren und behaupteten steif und fest, es habe keinerlei „unrechtmäßige Polizeigewalt“ gegeben. Doch die Familie gab eine zweite Obduktion in der Uniklinik Hamburg-Eppendorf in Auftrag. Und die bewies, dass Qosay eindeutig an Atemnot starb (vermutlich aufgrund des Pfeffersprays), was die Polizisten trotz aller Hilferufe ignoriert hatten. Mehr noch: Die Obduktion zeigte, dass die Polizisten ihn offensichtlich vor seinem Tod misshandelt hatten. Der junge Mann hatte zahlreiche Verletzungen, Einblutungen… und eine abgebissene Zungenspitze!

Mit 13 Jahren war Qosay vor den Bomben und Gewehrsalven im Irak nach Deutschland geflohen, um sein Leben zu retten – bevor er es hier durch die Hand rassistischer Polizisten verlor.

Essen: 94 Millionen Euro „Abwrackprämie“ für zwei Krankenhäuser

Der Krankenhausbetreiber Contilia hat Ende 2020 gleich zwei Krankenhäuser in Essen geschlossen. Und dafür bekommt er jetzt auch noch eine saftige Belohnung: 94 Millionen Euro zahlt ihm der „Strukturfond“ von Land und Bund dafür, dass über 500 Betten und eine der wenigen Geburtenstationen geschlossen wurden – und der Essener Norden kein Krankenhaus mehr hat.

Contilia ist kein Einzelfall. Bundesweit erhalten Krankenhausbetreiber solche „Abwrackprämien“ als Anreiz dafür, Krankenhäuser zu schließen. Und das mitten in der Pandemie!

Politik und private Klinikbetreiber arbeiten Hand in Hand, um noch mehr zu sparen und die wenigen verbleibenden Krankenhäuser „profitabler“ zu machen. Eine kriminelle Politik mit lebensgefährlichen Folgen – wenn wir sie nicht verhindern!

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de
Telefon: 0151-55570980
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren: für 13 € pro Jahr!